



Suchergebnisse: Streik

27. November 1794 – 63 Schlossergesellen legen die Arbeit nieder

München * 63 Schlossergesellen legen aus Protest gegen die Kündigung und Lohnverweigerung der zwei Schlossergesellen die Arbeit nieder. Der Stadtmagistrat lässt daraufhin zwei Rädelsführer und zwei Altgesellen einsperren. Neun Gesellen verweigern die Arbeitsaufnahme weiterhin. Sie werden zum Militärdienst verurteilt.

15. Dezember 1794 – Gesellen von 30 Zünften treten in den Streik

München * Nachdem der Magistrat und die inzwischen eingeschaltete Regierung die bis zu einem endgültigen Urteil geforderte Freilassung der inhaftierten Schlossergesellen verzögerten, treten die Gesellen von insgesamt dreißig Zünften in den allgemeinen Streik. Der Kurfürst lässt ihnen daraufhin mitteilen, dass er in der Sache nicht nachgeben wird und sich die Gesellen umgehend an die Arbeit begeben und Gehorsam zeigen sollen.

16. Dezember 1794 – Der Streik weitert sich aus

München * Fast alle Zünfte schließen sich dem Streik an. Arbeitswillige Gesellen werden zum Teil mit Gewalt an ihrer Tätigkeit gehindert. Auch die Meister legen die Arbeit nieder. Zwischen 4.000 und 5.000 Handwerker streiken und gefährden damit die Versorgung Münchens.

17. Dezember 1794 – Der Streik der Gesellen und Meister eskaliert

München * Gesellen und Meister nehmen Ratsmitglieder im Rathaus fest und ziehen protestierend zur Residenz. Kurfürst Carl Theodor sieht sich zum Nachgeben gezwungen und gesteht den Handwerkern die Erfüllung ihrer Forderungen sofort zu. Die Inhaftierten werden umgehend in die Freiheit gelassen.

9. Juni 1802 – Die Ausschreitungen setzen sich fort

München * Über die ganze Stadt verteilt sind militärische Patrouillen zu Pferd und zu Fuß. Die



ersten Handwerksgesellen treten in den Streik.

10. Juni 1802 – Das Militär nimmt Handwerksgesellen fest

München * Das Militär durchstreift die Stadt und nimmt Handwerksgesellen fest. Um 11 Uhr wird mit Trommelschlag ausgerufen, dass man gegen jene Handwerksburschen militärische Gewalt anwenden wird, wenn sie sich nicht den Anordnungen fügen würden.

11. Juni 1802 – Es ist wieder Ruhe in der Stadt eingekehrt

München * Es ist wieder Ruhe in der Stadt eingekehrt. Die Handwerksburschen dürfen sich auch wieder bis elf Uhr nachts in ihren Herbergen aufhalten.

1871 – Münchner Maurer treten in den Bierstreik

München * Aus Protest gegen schwankende Bierqualität sowie offene und verdeckte Preiserhöhungen treten Münchner Maurer in den Bierstreik. Sechs Wochen lang verzichten sie auf Bier und trinken stattdessen demonstrativ Milch. Schließlich eskaliert der Konflikt in gewaltsamen Ausschreitungen. Aus Sorge vor weiteren Angriffen bringen mehrere Brauer ihre Ehefrauen und Kinder vorübergehend außerhalb Münchens in Sicherheit. Erst als sich die Lage beruhigt, kehren die Familien in die Stadt zurück.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltermoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der



mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinssäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinssäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

24. Juni 1874 – Ein Bierstreik als organisierter Verbraucherboykott

München * Auf der Titelseite seiner Ausgabe vom Mittwoch, dem 24. Juni 1874, ruft der „Zeitgeist“ unter der Überschrift „An die Arbeiter Münchens!“ dazu auf, den Boykott bis zu einem vollständigen Erfolg fortzusetzen: „Der am Morgen des 20. Juni von wenigstens 20–25.000 Männern begonnene Bierstreik hat bis heute bereits namhafte Erfolge zuwege gebracht. Eine erhebliche Anzahl von Wirten, bei denen die Arbeiter zahlreich zu verkehren pflegen, haben den Bierpreis, so wie gefordert, herabgesetzt. Dieser teilweise Sieg war ein über Erwarten rascher.“ Die Zeitung warnt davor, in der Entschlossenheit nachzulassen. Der Aufruf endet mit der eindeutigen Parole: „Kein Arbeiter darf auch fernerhin irgendwo ein Glas Bier trinken, wo der Liter mehr als acht Kreuzer kostet!“ Der sogenannte Bierstreik erweist sich damit als organisierter Verbraucherboykott. Statt die Arbeit niederzulegen oder gewaltsam gegen Brauereien vorzugehen, setzen die Münchner Arbeiter Wirte und Brauer durch gemeinsamen Konsumverzicht wirtschaftlich unter Druck.

21. Juli 1874 – Solidarität zwingt den Wirt zum Einlenken

München-Au * Der Bierboykott zeigt Wirkung. Der Wirt „Zum Bereiter Anger“ bietet den Arbeitern der Lederfabrik Seiler und Bromberger den Liter Bier zunächst für acht Kreuzer an. Alle übrigen Gäste sollen weiterhin neun Kreuzer bezahlen. Die Arbeiter lehnen diesen Preisnachlass für ihre eigene Gruppe ab. Sie erklären, den Boykott fortzusetzen, solange der niedrigere Preis nicht für sämtliche Gäste gilt. Daraufhin gibt der Wirt nach und senkt den Bierpreis allgemein auf acht Kreuzer. Die „Süddeutsche Volksstimme“ würdigt am 21. Juli 1874 die solidarische Haltung: „Die Arbeiter erklärten jedoch, unter diesen Umständen den Streik aufrecht erhalten zu müssen. Der Wirt gab nun nach und verkauft jetzt durchgängig das Bier nur um 8 kr. Es ist sehr zu wünschen, dass andere Stände von diesem Gemeinsinn der Arbeiter lernen, statt wie bisher über diese loszuziehen.“ Der Vorgang macht deutlich, dass es den Arbeitern nicht nur um einen persönlichen Preisvorteil geht. Ihr gemeinsames Vorgehen soll eine Preissenkung für alle Gäste erreichen.



25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitet sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

1875 – Hubert Herkomer malt sozialkritische Themen

England * Hubert Herkomer ist für seine ausdrucksvollen Darstellungen der Armen der Stadt und sozialer Probleme bekannt. Er malt Bilder mit dem Titel „Harte Zeiten“ oder „Im Streik“.

1. Januar 1875 – Ein Kompromiss beendet den Bierkrieg

München * Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Wirten und Brauern endet der Münchner Bierboykott. Der allgemeine Preis für einen Liter Bier pendelt sich bei achteinhalb Kreuzern ein. Damit liegt er zwischen den von den Arbeitern geforderten acht Kreuzern und den von zahlreichen Wirten verlangten neun Kreuzern. In gehobenen Gaststätten müssen die Gäste allerdings weiterhin deutlich mehr bezahlen: Dort kostet der Liter Bier bis zu zehn Kreuzer. Der gefundene Kompromiss beendet zwar den organisierten Protest, beseitigt jedoch nicht die Preisunterschiede zwischen den Münchner Wirtschaften.

14. November 1911 – Prinzregent Luitpold löst den Landtag vorzeitig auf

München-Kreuzviertel * Das Zentrum verweigert die Beratung des Verkehrsetats, weil ihr der linksliberale Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer zu sozialistenfreundlich ist und dem der SPD nahestehenden Süddeutschen Eisenbahnverband ein Streikrecht einräumt. Das Zentrum will sich dem Prinzregenten als regierungsfähig darstellen und versucht sich mit einem scharfen antisozialdemokratischen Kurs zu profilieren. Daraufhin macht Prinzregent Luitpold von



seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, löst den Landtag vorzeitig auf und setzt Neuwahlen an. Die letzte derartige Landtags-Auflösung fand im Jahr 1869 statt. Bei der Verkündung dieses Beschlusses in der Abgeordnetenversammlung vermerkt das Protokoll „lebhaften Beifall links und bei den Sozialdemokraten“.

2. August 1914 – SPD-Abgeordneten stimmen gegen die Haushaltsgesetze

München * Anfang August schließt die Münchner Börse kurzfristig, um Panikverkäufe zu verhindern. Und selbst das bayerische Finanzministerium zeigte sich alarmiert: Es warnt davor, dass die Bürger die Banknoten zum Teil nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptieren würden. Bei der Sitzung des Bayerischen Landtags stimmen die 21 anwesenden SPD-Abgeordneten gegen die Haushaltsgesetze. Das ist aber auch schon die einzige Reaktion gegen den Krieg. Die beiden Kammern des Landtags befassen sich ebenfalls nicht mit dem Krieg sondern mit ungleich wichtigeren Fragen, wie beispielsweise dem Verbot des freireligiösen Unterrichts oder der Beschneidung des Streikrechts der Staatseisenbahner.

28. Juni 1916 – Karl Liebknecht erstinstanzlich verurteilt

Berlin * Karl Liebknecht wird unter Verlust seines Reichstagsmandats wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Am ersten Prozesstag organisierten revolutionäre Obleute in den Betrieben in Berlin einen spontanen Solidaritätsstreik mit über 50.000 Beteiligten.

3. März 1917 – Bei den Petersburger Putilow-Werken bricht ein Streik aus

Petersburg * Bei den Putilow-Werken, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, bricht ein Streik aus. Die Gründe sind in der wirtschaftlichen Zerrüttung und dem erfolglosen Kriegsverlauf zu suchen. Die Direktion des Werkes reagiert darauf mit der Aussperrung von 30.000 Beschäftigten, was umgehend zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage führt.

8. März 1917 – In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution

Petersburg * In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution. In den Putilow-Werken wird erneut gestreikt, die Streikenden demonstrieren für eine bessere Versorgung, vor allem mit Brot. Gegen 14 Uhr treten die Arbeiterinnen in der Fabrik Ayvas ebenfalls in den Ausstand. Sie demonstrieren



gegen die Brotknappheit und für die Rückholung ihrer Männer von der Front. Den protestierenden Frauen schließen sich im Laufe des Tages rund 130.000 Arbeiter an. Dabei schlagen die Kundgebungen ins Politische um: „Weg mit der Monarchie! Schluss mit dem Krieg!“ steht auf den Transparenten. Die Lage in Petrograd gerät immer mehr außer Kontrolle. Es kommt zu den ersten schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und dem Militär. Sehr schnell gibt es in den Betrieben Wahlen zu Arbeiterräten. Eine Form der Selbstorganisation, die die Arbeiter schon im Jahr 1905 entwickelt hatten. Daraus entstehen in der Folge Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Land.

9. März 1917 – Die Petersburger Proteste münden in einen Generalstreik

Petersburg * In den folgenden Tagen münden die Proteste in einen Generalstreik, aber auch in Plünderungen und Ausschreitungen. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage, da sich die herbeigerufenen Soldaten mit den Demonstranten verbrüdern. Zar Nikolaus II. reagiert auf die Streiks, indem er dem Militär befiehlt, mit Waffengewalt gegen die aufbegehrende Menschenmenge vorzugehen. Am Nachmittag schießen Angehörige eines Garderegiments auf die „Aufrührer“. Sechzig Demonstranten sterben. Das bewirkt jedoch genau das Gegenteil, da nun auch an anderen Orten die Proteste beginnen. Ganze Regimenter wechseln die Seiten. An anderen Orten dagegen gingen Soldaten gegen die Polizei vor.

10. März 1917 – Die Streiks in Petrograd weiten sich zum Generalstreik aus

Petersburg * Die Streiks in Petrograd weiten sich zum Generalstreik aus. Zar Nikolaus II. befiehlt zum Kampf gegen die Demonstranten mit allen Mitteln.

11. März 1917 – Die Abgeordneten der russischen Duma verweigern ihre Auflösung

Petersburg * Die Abgeordneten der russischen Duma [= russisches Parlament] weigern sich, die von Zar Nikolaus II. verfügte Auflösung der Duma durchzuführen. Soldaten der Petrograder Garnison solidarisieren sich mit den streikenden Arbeitern. Damit beginnt die sogenannte Februarrevolution.

16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik



Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

20. April 1917 – Christliche Gewerkschaften gegen Streik

Berlin * In einem Aufruf wendet sich der Vorstand der christlichen Gewerkschaften gegen jede Arbeitsniederlegung.

5. August 1917 – Es kommt zu Meutereien in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven * Auf Grund mangelhafter Versorgung sowie durch schlechte und teilweise schikanöse Menschenführung kommt es zu Meutereien in der deutschen Hochseeflotte. Heizer des Schlachtschiffes SMS Prinzregent Luitpold und dem Schwesterschiff Friedrich der Große treten daraufhin in den Hungerstreik. Die Anführer des Matrosenaufstands werden nach der Niederschlagung der Gehorsamsverweigerungen und Meutereien verhaftet und teilweise zum Tode verurteilt.

13. Dezember 1917 – Gespräche in Berlin über den Massenstreik



München - Berlin * Kurt Eisner fährt für mehrere Tage in die Reichshauptstadt Berlin, um dort persönliche Angelegenheiten zu regeln. Er nutzt die Gelegenheit, um mit USPD-Abgeordneten Gespräche über die aktuelle politische Lage und über den Massenstreik zu führen. Doch die Berliner USPD-Funktionäre zögern und stellen ihm dar, dass die Massen für einen allgemeinen Streik nicht zu haben sind, weil sich trotz der erkennbaren Erregung über die Lebensbedingungen eine Erschöpfung eingestellt hat. Nach der Aufnahme der Gespräche über Waffenstillstandsvereinbarungen in Brest-Litowsk am 5. Dezember 1917 hofft die Bevölkerung nun auf Frieden, für den unter diesen Voraussetzungen keine besondere Anstrengung zur Herbeiführung mehr notwendig ist. Kurt Eisner widerspricht dieser Darstellung vehement und unterstellt den Parteifunktionären, dass ihnen selbst zu einer derartigen Aktion das notwendige Vertrauen fehle. Er sieht sehr wohl bei den Massen das lebhafte Bedürfnis nach einer „idealistischen Aktion“.

18. Dezember 1917 – Kann Kurt Eisner die USPD überzeugen?

Berlin - München * Kurt Eisner schreibt seiner Frau Else aus Berlin folgende Zeilen: „Es scheint mir nun doch gelungen, die schlafenden Seelen ein wenig aufzurütteln. Man hat meine Kritik anerkannt und meine Vorschläge angenommen. Alles kommt darauf an, ob sich die Persönlichkeiten finden, die für die Arbeit notwendig sind. Man hat mich selbst gebeten, die Tätigkeit hier zu übernehmen“.

21. Dezember 1917 – Kurt Eisners idealistische Aktion ist nicht durchsetzbar

Berlin - Leipzig * Kurt Eisner sendet von Berlin aus seinen Text „Notwendigkeiten“ an die Leipziger Volkszeitung, den diese auch veröffentlicht. Sein Besuch in Leipzig, bei dem er die ansässigen Arbeiterführer für seine Friedensaktion gewinnen will, scheitert. Ein Massenstreik ist unter der gegebenen Situation und zu diesem Zeitpunkt aussichtslos.

3. Januar 1918 – Die sogenannten Jännerstreiks beginnen

Österreich-Ungarn * In Österreich-Ungarn beginnen vereinzelt und noch in kleinem Ausmaß die sogenannten Jännerstreiks. Zunächst geht es den Streikenden um eine bessere Lebensmittelversorgung, doch spätestens am 15. Jänner werden auch Forderungen nach Beendigung des Krieges laut.



9. Januar 1918 – Kurt Eisner fährt nach Berlin. Er will den Massenstreik!

München - Berlin * Kurt Eisner hält sich vom 9. bis 19. Januar 1918 in Berlin auf, um auch dort zum Massenstreik zu drängen.

10. Januar 1918 – Das USPD-Flugblatt „Männer und Frauen des werktätigen Volkes!“

Berlin * Der USPD-Parteivorstand in Berlin veröffentlicht das Flugblatt „Männer und Frauen des werktätigen Volkes!“. Er ruft darin nur zu einem zeitlich befristeten, dreitägigen Demonstrationsstreik auf. Zu einem unbefristeten Massenstreik, wie ihn Kurt Eisner will, kann er sich nicht durchringen.

14. Januar 1918 – Ein Streik wegen Kürzung der täglichen Brotration

Wien * In den Daimler-Motorenwerken in Wiener-Neustadt beginnt ein Streik wegen der Verkürzung der eh schon geringen täglichen Brotration von 200 auf 165 Gramm.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat akzeptiert werden.

16. Januar 1918 – Die Wiener Streikbewegung weitet sich aus

Wien - Österreich-Ungarn * Die Belegschaften der Wiener Rüstungsbetriebe verweigern die



Arbeit. Ausgehend von den Floridsdorfer Fiat-Werken greift die Bewegung auf 120 Wiener Betriebe über und erfasst danach die steirische, schließlich die ungarische Arbeiterschaft.

18. Januar 1918 – Der Höhepunkt der österreichisch-ungarischen Jännerstreiks

Wien - Österreich-Ungarn * Der Höhepunkt der österreichisch-ungarischen Streikbewegung ist erreicht. In Wien befinden sich 110.000, insgesamt 350.000 bis 370.000 Menschen im Ausstand.

19. Januar 1918 – Kurt Eisner und der Massenstreik

Berlin - München * Kurt Eisner kehrt von seinen Gesprächen in Berlin zum Massenstreik nach München zurück.

19. Januar 1918 – Weitreichende Zusagen an den Wiener Arbeiterrat

Wien * Angesehene österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler rufen die Streikenden zur Mäßigung auf und verhandeln mit der Regierung in Wien Verbesserungen aus. Der k.u.k.-Minister des Äußern, Graf Ottokar Czernin von und zu Chudenitz, überreicht einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung, in der er sich verpflichtet, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu lassen. Ministerpräsident Ernst von Feuchtenegg sagt Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu.

20. Januar 1918 – Christliche Gewerkschafter wollen Streik unterbinden

München-Isarvorstadt * Den Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bosbach vom Christlichen Metallarbeiterverband, der im Leo-Haus, Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine in der Pestalozzistraße 1 sein Büro hat, erhält aus den Betrieben die Nachricht von Flugblättern und einem bevorstehenden Streik. Der christliche Gewerkschafter weist seine Vertrauensleute an, „dass diesen Bestrebungen entgegen getreten werden solle“.

20. Januar 1918 – Die Jännerstreiks werden beendet



Wien * Der sozialdemokratische Parteivorstand Österreichs veranlasst eine Regierungserklärung, die zahlreiche Zugeständnisse an die Streikenden enthält. Darunter die Zusicherung, die katastrophale Lebensmittelversorgung zu verbessern und sich um Friedensverhandlungen zu bemühen. Er setzt damit den Beschluss zum Abbruch des Streiks durch. Die Beendigung des Streiks verärgert die radikale Linke, die sich von den Versprechungen nicht beeindruckt lassen will. Die Militärs hätten allerdings nicht davor zurückgeschreckt, mit militärischer Gewalt gegen den Streik und die Streikenden vorzugehen.

20. Januar 1918 – Ernst Toller kommt nach München

München * Ernst Toller trifft von Heidelberg kommend in München ein. Der gute Redner wird sich später an den Münchner Januarstreiks aktiv beteiligen.

21. Januar 1918 – Sitzung des Münchner USPD-Vorstands

München-Ludwigsvorstadt * Der Münchner USPD-Vorstand tritt zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Schreinermeister Albert Winter sen., berichtet über die Mitglieder-Entwicklung der noch jungen Partei. Die Münchner USPD hat zu diesem Zeitpunkt circa 600 Mitglieder. Vier Münchner MSPD-Sektionen wollen zur USPD wechseln, sodass die Münchner USPD jetzt in die vier Sektionen Giesing, Haidhausen, Schwabing und Innenstadt aufgeteilt werden kann. Kurt Eisner berichtet von seinen Gesprächen in Berlin und davon, dass es dort auch Stimmen gibt, die - entgegen der Auffassung der Mehrheit der Berliner USPD-Führung - mehr als nur einen dreitägigen Demonstrationsstreik wollen. Auch ihr Ziel ist der Sturz der Regierenden.

21. Januar 1918 – Streikführer und Aktivisten werden verhaftet

Österreich-Ungarn * Nach dem Ende der Jännerstreiks werden die Streikführer und auch zahlreiche Aktivisten verhaftet oder zur Armee eingezogen.

21. Januar 1918 – Die Unruhen greifen auf die k.u.k.-Armee über

Österreich-Ungarn * Nun greifen die Unruhen auf die Armee über. Es kommt zu Soldatenmeutereien unter Truppen südslawischer Herkunft in Judenburg und Pécs, bei Truppen mit tschechischen Soldaten im böhmischen Rumburg und unter ungarischen



Regimentern in Budapest.

21. Januar 1918 – 150 Teilnehmer am USPD-Diskussions-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Im Anschluss an die Vorstandssitzung findet der USPD-Diskussionsabend im Wirtshaus Zum Goldenen Anker in der Schillerstraße statt. Dort treffen - nach Polizeiberichten - rund 150 Personen zusammen, darunter 20 Frauen und 30 Soldaten. Damit erreicht der Diskussions-Stammtisch seine größte Breitenwirkung. Kurt Eisner verteilt aus Frankreich stammende Flugblätter, die sich mit dem Thema „Ist in Deutschland eine Revolution möglich?“ befassen. Er deutet an, dass ein Ausstand vorbereitet werde. Das Endziel des Streiks ist „die Monarchie zu stürzen und nicht nur den preußischen, sondern den gesamten Militarismus niederzuzwingen. Dazu gibt es nur ein Mittel: Die heiß ersehnte, unausbleibliche und bald zu erwartende Revolution.“

22. Januar 1918 – Erhard Auer warnt vor den unorganisierten Arbeiterinnen

München * In einem Gespräch mit dem Münchner Polizeipräsidenten versichert der Landessekretär der Bayerischen SPD, Erhard Auer, dass „die Unabhängigen in Bayern, besonders in München, nicht viel Boden“ haben. Bei den organisierten Arbeitern besteht somit keine Streikgefahr. Anders ist die Sache „bei den vielfach noch nicht organisierten weiblichen Arbeiterinnen“.

22. Januar 1918 – Arbeiter und Soldaten treten in Pola in den Streik

Pola * Die Arsenalarbeiter im Kriegshafen Pola treten in den Streik. Ihnen schließen sich die Matrosen der im Hafen liegenden Schiffe der k.u.k.-Kriegsmarine an.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der



Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

27. Januar 1918 – Das Innenministerium erfährt von den vorbereiteten Streiks

München-Kreuzviertel * In der Nacht trifft beim bayerischen Innenministerium die Nachricht ein, dass am darauffolgenden Tag ein dreitägiger Generalstreik beginnen und der Streik innerhalb von drei Tagen in ganz Deutschland zum Durchbruch kommen soll. Kuriere reisen von Berlin mit der Eisenbahn in alle größeren Städte des Deutschen Reichs, um Flugblätter zu verteilen und mündliche Nachrichten zu überbringen. Vertrauensleute sollen in Kriegswirtschaftsbetrieben, insbesondere in Munitionsfabriken zur Arbeitsniederlegung auffordern. Demonstrationen mit Ansprachen sind geplant. In einer kurzfristig anberaumten Besprechung wird vereinbart, dass keine Gewalt gegen Arbeitseinstellungen angewandt werden soll, die Polizei soll Menschenansammlungen lediglich zerstreuen, bei „Zusammenstößen mit streikenden Arbeitern [muss] nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, scharf geschossen werden“.

27. Januar 1918 – Kaiser Wilhelm II. feiert seinen Geburtstag mit kirchlichem Segen

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. feiert an einem Sonntag bei Kaiserwetter seinen 59. Geburtstag. Von vielen Kanzeln wird gepredigt: „Möge ihn der Herr segnen wie er auch uns segnet.“ Dabei werden die lauterer Absichten des „Friedensfürsten“ herausgestellt, „der seine Friedenshand immer wieder gereicht, die [aber] vom Feinde so schmachlich zurückgewiesen“ wurde. Der Kaiser, der „auch in Zukunft allen Stürmen, mögen sie noch so verheerend toben, unerschrocken entgegen sehe“.

27. Januar 1918 – Kurt Eisners Massenversammlungs-Marathon

München * Kurt Eisner trat in der Zeit vom 27. bis zum 31. Januar 1918 in sieben



Massenversammlungen auf und hielt dort jeweils eine Rede. Er wird dadurch zum „geistigen Leiter und Organisator der Aufstandsbewegung in München“. So jedenfalls formuliert es der Staatsanwalt nach Eisners Verhaftung.

27. Januar 1918 – Kurt Eisner soll auf der Krupp-Betriebsversammlung sprechen

München-Isarvorstadt * An der USPD-Versammlung in den Kolosseumbierhallen nehmen einige Vertrauensleute der Krupparbeiter der Bayerischen Geschützwerke teil. Sie fordern Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. auf, am nächsten Tag in der von den Gewerkschaften und den Mehrheitssozialdemokraten einberufenen Betriebsversammlung zu sprechen. Bis dahin gibt es keine Verbindung zwischen der Münchner USPD und den Betrieben. Erst dadurch - und nicht durch die Organisation der USPD - kommt der Kontakt zu den Arbeitern der Münchner Rüstungsbetriebe zustande.

27. Januar 1918 – Die Berliner revolutionären Vertrauensleute beschließen den Generalstreik

Berlin * Eine Versammlung der der USPD nahestehenden Vertrauensleute aller Berliner Großbetriebe, die sogenannten revolutionären Obleute, beschließt einstimmig, am nächsten Morgen den Generalstreik zu beginnen. Nach Wiener Vorbild wird ein aus 414 Personen bestehender Arbeiterrat gebildet, der einen elfköpfigen Aktionsausschuss aus dem Kreis der revolutionären Obleute wählt. Der Aktionsausschuss fungiert als Streikleitung und wird von Richard Müller angeführt. Die USPD und die MSPD entsenden zusätzlich noch je drei Vertreter. Als Vertreter der Arbeiterparteien werden die USPD-Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann sowie die SPD-Vorstandsmitglieder Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun hinzugezogen.

28. Januar 1918 – Noch keine Streikfront in München

München * Kurt Eisner und seiner USPD gelingt es aufgrund der fehlenden Kontakte zu den Rüstungsarbeitern noch nicht, die Münchner Arbeiterschaft auf die Straße zu bringen. Erst am 31. Januar 1918 treten die Rüstungsarbeiter in den Streik ein.

28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen



München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

28. Januar 1918 – Gemeinsamer Streikaufruf der MSPD und der USPD in Nürnberg

Nürnberg * In der Nacht vom 28. zum 29. Januar 1918 beschließt die Ortsgruppe der Nürnberger Mehrheitssozialdemokraten, sich dem Streikaufruf der USPD anzuschließen. Der fränkische Streikaufruf ist auch als Seitenhieb auf den Opportunismus der Münchner Sozialdemokraten gedacht. In Nürnberg beteiligen sich weit über 40.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an den Streikaktionen und Demonstrationen.

28. Januar 1918 – Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks

Russland * Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks gegen die annexionistische Verhandlungsführung der Mittelmächte in Brest-Litowsk. Die Streiks dauern bis 4. Februar 1918 an.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik



Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massestreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

29. Januar 1918 – Streik jetzt auch in Mährisch-Ostrau

Mährisch-Ostrau * In Mährisch-Ostrau streiken die Arbeiter.

29. Januar 1918 – Die USPD trifft sich mit den Krupp-Vertrauensleuten

München * Im Ingolstädter Hof treffen sich Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. mit den Vertrauensleuten der Krupp-Arbeiter in den Bayerischen Geschützwerken. Es wird eine Empfehlung an die Arbeiter beschlossen, dass sie am Donnerstag, 31. Januar 1918 mit dem Streik beginnen sollen. Kurt Eisner hält sich während der Diskussion vollkommen zurück und beantwortet lediglich Fragen, die an ihn gerichtet werden. Er sieht hier sein Ideal von der Arbeiterschaft erfüllt: Sie soll sich selbst führen, soll sich von niemand vertreten lassen, sollen nur „Sachverständige, zu deren Charakter, Wissen, Intelligenz, Mut sie Vertrauen haben, als Berater hinzuziehen“. Eisner kann sich schon deshalb zurücknehmen, denn - so schreibt er später - „es bedurfte auch gar nicht mehr meiner Einwirkung“.

29. Januar 1918 – 250.000 Streikende im ganzen Reich



Deutsches Reich * Reichsweit beteiligen sich mindestens 250.000 Arbeiterinnen und Arbeiter am Streik.

29. Januar 1918 – Berhördliche Maßnahmen gegen den Streik

Berlin * In Berlin werden alle Versammlungen verboten. Die Polizei besetzt das Gewerkschaftshaus.

30. Januar 1918 – Streik-Aktivitäten der USPD verurteilt

München * Die Delegierten des Münchner Gewerkschaftsvereins beschließen eine Resolution, in der sie die Aktivitäten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik verurteilen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Johannes Timm verständigt sich mit dem MSPD-Parteisekretär Erhard Auer, an der für den nächsten Tag angesetzten Versammlung der Münchner kriegswichtigen Betriebe teilzunehmen. Sie wollen durch ihre Präsenz Gegenmaßnahmen einleiten, die Bewegung in geordnete Bahnen lenken und den Streik so bald als möglich beenden.

30. Januar 1918 – Die MSPD will eine Eskalation der Ereignisse verhindern

Berlin * Der Parteiausschuss der Mehrheits-SPD stimmt der Mitarbeit der drei Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun im Aktionsausschuss zu, um - wie es Scheidemann ausdrückt, ein „nicht zu billigendes, aber verständliches Unternehmen nicht nur in ruhige Bahnen zu lenken, sondern auch durch Verhandlungen mit der Regierung schnellstens zum Ende zu bringen“. Die MSPD versteht sich als die einzige Kraft, die eine Eskalation der Ereignisse verhindern kann.

30. Januar 1918 – Den Streikenden wird mit Bestrafung gedroht

Berlin * Auch hier schlägt - wie zuvor schon in Wien - das Imperium zurück. Am Nachmittag lässt der für Berlin zuständige Befehlshaber, Generaloberst Gustav von Kessel, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten und verlautbaren: Wer sich den Befehlen nicht fügt, setzt „sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.“ Der Arbeiterrat



gibt nicht nach. Die Arbeitskampfmaßnahmen werden erfolgreich weitergeführt.

31. Januar 1918 – Szenen wie im Bürgerkrieg

Berlin * In Berlin spielen sich Szenen wie in einem Bürgerkrieg ab. Polizei und Militär durchbrechen Straßensperren, Schüsse fallen. Militante Arbeiter werfen Steine und bewaffnen sich mit Stöcken und Knüppeln. Sie werfen Straßenbahnen um und bauen Barrikaden. Es gibt viele Verletzte und mehrere Tote.

31. Januar 1918 – Tausende schließen sich der Demonstration der Kruppianer an

München * Die rund 2.000 Streikenden ziehen gemeinsam von der Schwabinger Brauerei zu anderen Rüstungsbetrieben im Münchner Norden und schließlich in die Innenstadt in Richtung Hauptbahnhof. Der inzwischen auf 6.000 Menschen angewachsene Zug will in den Mathäserbräu, in dem aber bereits BMW-Arbeiter eine Versammlung abhalten. Ihr Demonstrationzug endet schließlich im Hotel Wagner an der Sonnenstraße. Hier sprechen neben Fritz Schröder auch Sarah Sonja Lerch und Hans Unterleitner.

31. Januar 1918 – Polizei-Attacken gegen die streikenden Arbeiter

Berlin * Am Humboldtshain im Stadtviertel Gesundbrunnen wächst die Zahl der demonstrierenden Menschen immer stärker an. Dem Großaufgebot der berittenen Gendarmerie stellt sich eine Menschenmenge entgegen und ruft: „Schluss mit dem Völkermorden!“ Da ziehen die Polizisten ihren Säbel und sprengen nach Art einer Kavallerie-Attacke in die Menge hinein. „Gellende Schreie und Protestrufe wurden laut. Stöhnend sank ein Arbeiter zu Boden. Daraufhin wurden die Berittenen umringt. Ein Reiter stürzte, andere wurden vom Pferd gerissen“, schreibt ein Augenzeuge.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Motorenwerke

München-Ludwigsvorstadt * Im Festsaal der Mathäserbrauerei finden kurz hintereinander die Betriebsversammlungen der Bayerischen Motorenwerke und der Bayerischen Flugzeugwerke statt. Am frühen Nachmittag versammelt sich die Arbeiterschaft des im Jahr 1917 von Rapp-Motorenwerke in Bayerische Motorenwerke - BMW umbenannten Betriebs. Anders als



in den Krupp-Werken sind die BMW-Arbeitsausschüsse fest in der Hand der Gewerkschaften und der MSPD. Auch Kurt Eisner ergreift das Wort und erkennt, dass die Mehrheit der Anwesenden den Streik will. Nach seinen Ausführungen stimmen die Teilnehmer für die Arbeitskampfmaßnahme. Ob es bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW tatsächlich zum Streik kommen wird, ist fraglich, denn die Versammlung war gegen den Willen der Betriebsvertrauensleute einberufen worden. Und schon deshalb könnten diese dem Streikbeschluss die Anerkennung versagen.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend findet im Mathäserbräusaal eine Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke AG statt, bei der der SPD-Abgeordnete Erhard Auer spricht und wilde Streiks als „zwecklos und sinnwidrig“ bezeichnet. Als die Versammelten Kurt Eisner zur Stellungnahme ermunterten, blieb dieser still. Die MSPD und die Gewerkschaften können durchsetzen, dass die Arbeit erst dann niedergelegt wird, wenn sich die Parteileitung in Berlin dafür ausgesprochen hat. Die Versammlung nimmt einen erregten Verlauf und muss wegen des „großen Lärms“ vorzeitig beendet werden.

31. Januar 1918 – Kurt Eisner gewinnt auch die Arbeiter der Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Der taktische Winkelzug der USPD geht auf. Felix Fechenbach von den Unabhängigen Sozialdemokraten bemächtigt sich des Vorstandstisches im Festsaal des Mathäserbräu und beruft umgehend eine öffentliche Volksversammlung ein, die er sogleich eröffnet. Als Redner treten Kurt Eisner und Sara Sonja Lerch auf. Diese erzeugen einen Sinneswandel bei den Anwesenden, die sich jetzt ebenfalls für den Streik aussprechen. Am Schluss wird auch die bereits am Vormittag von den Kruppianern in der Schwabinger Brauerei beschlossene Resolution zur sofortigen Beendigung des Krieges „des Wahnsinns und der Wahnsinnigen“ angenommen.

31. Januar 1918 – Kurt Eisner wird verhaftet

München-Isarvorstadt * Am späten Abend treffen sich Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und weitere USPD-Genossen zu einer Besprechung im Restaurant Müllerbad. Kurt Eisner sowie Vater und Sohn Albert Winter werden dort verhaftet.



31. Januar 1918 – Den verschärften Belagerungszustand über Berlin verhängt

Berlin * Das Militär verhängt den verschärften Belagerungszustand über Berlin. Die Behörden lösen den Arbeiterrat auf und untersagen die Bildung einer neuen Streikleitung. Die SPD-Parteizeitung Vorwärts wird verboten, weil er über die Sympathiestreiks in Budapest und Wien berichtet hat.

31. Januar 1918 – Die Münchner Krupp-Belegschaft tritt in den Streik ein

München * Die Münchner Kruppianer der Bayerischen Geschützwerke treten an diesem Donnerstag in den Streik ein. Am frühen Morgen marschieren sie - vorbei an verschiedenen Großbetrieben im Norden Münchens, die sie zum Anschließen auffordern - zum Schwabinger Bräu, wo Kurt Eisner zu ihnen spricht. Die Krupp-Arbeiterschaft nimmt eine von Kurt Eisner verfasste Resolution einstimmig an. Darin erklären sich „die streikenden Arbeiter Münchens mit den Arbeitern der feindlichen Nationen einig in dem feierlichen Entschlusse, den Krieg des Wahnsinns und der Wahnsinnigen sofort ein Ende zu setzen“.

31. Januar 1918 – Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar

München * Kurt Eisner schreibt später: „Die revolutionärste Revolution, das war doch die vom 31. Januar. Damals stand Deutschland auf dem Gipfel seiner militärischen Macht, und wenn es uns damals gelungen wäre, die Massen aufzuregen und aufzurütteln zu jener Volksbewegung, wie sie uns damals schon vorschwebte, dann hätten wir noch einen Frieden haben können, in dem wir nicht auf Gnade und Ungnade dem Gegner ausgeliefert gewesen wären.“

1. Februar 1918 – Der Matrosenaufstand von Cattaro

Kotor * Auf den in der Bucht von Kotor vor Anker liegenden 40 Schiffe der k.u.k.-U-Bootflotte kommt es zum Matrosenaufstand von Cattaro. 6.000 Matrosen hissen die roten Fahnen und verlangen den sofortigen Friedensschluss.

1. Februar 1918 – Die MSPD-Führung gewinnt wieder Einfluss auf die Streikenden

München-Maxvorstadt * Nach der Verhaftung von Kurt Eisner und anderen USPD-Streikführern



gewinnt die MSPD-Führung wieder Einfluss auf die Streikenden. In einer Versammlung der Bayerischen Flugzeugwerke im Löwenbräukeller fordert Erhard Auer zur „Mäßigung und zur Beendigung des Streiks“ auf.

1. Februar 1918 – Otto von Dandl bedankt sich bei den Mehrheitssozialdemokraten

München * Ministerpräsident Otto von Dandl dankt den bayerischen Mehrheitssozialdemokraten im Landtag dafür, dass sie die Führung der Streikbewegung übernommen haben und bringt seiner Hoffnung auf baldige Beruhigung der Lage Ausdruck.

1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

1. Februar 1918 – Die Streikbewegung geht weiter

München-Ludwigsvorstadt * Die streikende BMW-Arbeiterschaft hält ihre Versammlung im Mathäserbräu ab. Um die Mittagszeit marschiert sie zu den Präzisionswerken Deckel.

1. Februar 1918 – Marsch zur Maffei-Maschinenfabrik

München-Schwabing * Die Streikenden der Bayerischen Geschützwerke beenden ihren Protestmarsch zu einer Kundgebung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie weiter zur Maffei-Maschinenfabrik.



1. Februar 1918 – Weitere Versammlungen der streikwilligen Belegschaften

München * Am Nachmittag und Abend dieses Tages finden noch weitere Versammlungen der Belegschaften verschiedener Betriebe statt.

1. Februar 1918 – Weitere USPD-Streik-Agitatoren werden verhaftet

München * Am frühen Morgen dieses Freitags werden Sarah Sonja Lerch, Carl Kröpelin, Hans Unterleitner sowie die Schwestern Betty und Emilie Landauer verhaftet.

2. Februar 1918 – Die Beendigung der Streikmaßnahmen wird beschlossen

München-Isarvorstadt * Am Abend finden im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 40/42 Einigungsverhandlungen zwischen den von der USPD geführten Streikenden und der MSPD statt. Sie führen zu keinem Erfolg. Die Streikleitung erklärt sich allerdings mit der MSPD einverstanden, die die Forderungen der Arbeiter der Reichsregierung unterbreiten will. Ebenso ist sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 4. Februar einverstanden. Letztlich ist es den Behörden - in Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften - gelungen, die Streiks zu beenden.

2. Februar 1918 – Die Verhaftung der USPD-Streikführer erfolgte wegen Landesverrat

München * Ein weiterer Versuch durch eine Kommission der streikenden Arbeiter zur Freilassung von Kurt Eisner und den anderen verhafteten USPD-Funktionären ist erneut erfolglos. Die Abordnung erfährt nur, dass die Verhaftungen wegen Landesverrats erfolgt sind.

2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige



Verteilung der Lebensmittel.

2. Februar 1918 – Eisner wird als geistiger Leiter der Aufstandsbewegung benannt

München * Von den Behörden wird Kurt Eisner für München als „geistiger Leiter und Organisator der Aufstandsbewegung“ bezeichnet, dessen Einfluss auf die Arbeiterinnen und Arbeiter ausschließlich seiner „leidenschaftlichen Redegewandtheit“ zugeschrieben wird. Dabei ignorieren sie, dass das unbestrittene rhetorische Talent Eisners seine Wirkung nur deshalb entfalten kann, weil die Stimmungslage in der Arbeiterschaft in den verzweifelt schlechten Lebensbedingungen begründet liegt.

2. Februar 1918 – Streik-Versammlung der Flugzeugwerke im Löwenbräukeller

München-Maxvorstadt * Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke versammeln sich im Löwenbräukeller.

2. Februar 1918 – Fast 10.000 Münchner befinden sich im Streik

München * Am Nachmittag dieses Samstags finden in den nachstehenden Betrieben Streikmaßnahmen statt: Bei den Bayerischen Flugzeugwerken beteiligen sich 3.000 Männer und Frauen, bei den Bayerischen Geschützwerken wird von 2.000 Männern und Frauen bestreikt, die Bayerischen Motorenwerke bestreiken 1.500 Männer und Frauen, bei den Präzisionswerken Deckel befinden sich hauptsächlich 1.100 Frauen im Streik. In den Ottowerke-Maschinen- und Flugzeugfabrik haben etwa 1.000 Männer und Frauen die Arbeit niedergelegt, in der Zigarettenfabrik Austria tun dies 500 Frauen, bei der Zigarettenfabrik Philipps Carl Witwe sind 300 Frauen im Streik, in der Möbelfabrik Deutsche Werkstätten streiken 180 Männer und Frauen, bei der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger haben 150 Frauen die Arbeit niedergelegt. Hinzu kommen noch viele, vor allem streikende Frauen aus weiteren kleinen Betrieben. Fazit: Am Höhepunkt der Januarstreiks haben sich in München weit über 9.000 Menschen, vorwiegend aus den Münchner Rüstungsbetrieben, beteiligt. Der Streik wurde zu einem erheblichen Teil von Frauen getragen.



3. Februar 1918 – Die letzte Streik-Versammlung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr treffen sich 2.500 bis 3.000 Streikende zur letzten Streik-Kundgebung unter freiem Himmel auf der Theresienwiese. Eine Deputation wird gewählt, die die Forderungen vom 2. Februar 1918 bei der Regierung vortragen soll. Der der USPD angehörende Handlungsgehilfe Fritz Schröder erklärt, dass die gegenwärtige Bewegung ein Kinderspiel sei, gegen das, was noch kommen wird, wenn die Forderungen der Arbeiter abgelehnt werden würden. Der anschließende Demonstrationzug wächst noch einmal auf 5.000 Menschen an.

3. Februar 1918 – Ernst Toller wird verhaftet

München * Ernst Toller wird wegen seiner Beteiligung an den Januarstreiks verhaftet.

4. Februar 1918 – Wilhelm Dittmann zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

Berlin * Das Außerordentliche Kriegsgericht in Berlin verurteilt Wilhelm Dittmann wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft.

4. Februar 1918 – Gegen Militärdiktatur und Regierungssozialisten

München-Au * Kurt Eisner beschreibt die Situation der Januar-Streiks in seinem Gefängnis-Tagebuch: „Wir hatten nicht nur die Militärdiktatur gegen uns, sondern auch die Regierungssozialisten, die die gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation fest in Händen hielten, eine Camorra, die vor keinem Mittel zurückschreckten, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten. Wir waren nur ein kleines Häuflein, ohne die Autorität von Ämtern und Würden, ohne Geld, ohne Presse, ohne die Möglichkeit schriftlicher Propaganda“.

4. Februar 1918 – Betrübte Stimmung beim USPD-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Turnusgemäß findet im Wirtshaus Zum Goldenen Anker die USPD-Gesprächsrunde statt. Alfred Gärtner hat kommissarisch den Vorsitz übernommen. Die



Stimmung ist sehr gedrückt.

4. Februar 1918 – Standrecht gegen Generalstreik

München * König Ludwig III. ermächtigt den Kriegsminister Philipp von Hellingrath für den Fall des Generalstreiks „das Standrecht je nach Lage der Verhältnisse für Bayern rechts des Rheines oder für Teile des Königreiches öffentlich zu verkünden“.

4. Februar 1918 – 75.000 bayerische Arbeiter beteiligten sich am Januarstreik

Königreich Bayern * In den großen bayerischen Industriestädten München, Nürnberg, Fürth, Schweinfurt und Ludwigshafen haben sich zusammen etwa 75.000 Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben an den „Januarstreiks“ beteiligt.

4. Februar 1918 – Lorenz Winkler wird verhaftet

München * Am Nachmittag wird Lorenz Winkler wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet.

4. Februar 1918 – Die Streiks sind beendet, der Anlass bleibt

München * Die Streiks sind beendet. In den Fabriken wird wieder gearbeitet, doch der Anlass der Streiks ist geblieben. Die Christlichen Gewerkschaften lehnen in einer Stellungnahme grundsätzlich jeden politischen Streik ab.

5. Februar 1918 – Nach den Januarstreiks sinkt die USPD-Mitgliederzahl

München * Nach dem Ende der Januarstreiks sinkt die Zahl der Münchner USPD sofort um ein Drittel ab und pendelt sich bei etwa 400 Anhänger ein.

8. Februar 1918 – Eine neue Verhandlungskommission wird gebildet



München * Die am 3. Februar gewählte Deputation, die die Forderungen vom 2. Februar der Regierung vortragen soll, wird durch eine neue Kommission ersetzt. Dazu wird eine Sitzung der Arbeiterausschüsse von 34 Münchner Betrieben einberufen. Diese wählen eine Kommission, die aus elf Betriebsvertretern und zwei MSPD-Landtagsabgeordneten besteht. Diese sollen mit der Regierung verhandeln. Erhard Auer übernimmt die Aufgabe des Sprechers.

16. Februar 1918 – Freundlich empfangen - nichts erreicht

München-Kreuzviertel * Die am 8. Februar gewählte Kommission wird von Ministerpräsident Otto von Dandl, Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich und Kriegsminister Philipp von Hellingrath empfangen. Der Sprecher der Kommission, der MSPD-Landtagsabgeordnete Erhard Auer, trägt die Wünsche der Arbeiterausschüsse vor. Die Forderung nach Freilassung der verhafteten Streikführer ist auf der Liste nicht mehr enthalten. Die Minister beziehen freundlich zu den Forderungen und Anregungen Stellung, Zugeständnisse machen sie jedoch keine. Der Empfang der Kommission wirkt sich dennoch beruhigend auf die Arbeiterschaft aus.

22. Februar 1918 – Die Behörden loben die Mehrheitssozialdemokraten

München * Die bayerischen Behörden würdigen ausdrücklich das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie, die den Streik „aufgenommen und in ruhige Bahnen gelenkt“ hat.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines



richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

23. Februar 1918 – Veranstaltungsverbot für Josef Sontheimer

München * Josef Sontheimer wird von den Behörden jede Beteiligung an politischen Veranstaltungen verboten.

28. Februar 1918 – Sarah Sonja Lerchs Leidenszeit beginnt

München-Au * Sarah Sonja Lerch bekommt im Gerichtsgefängnis Neudeck Zahnschmerzen, weshalb sie dies dem Untersuchungsrichter mitteilt und um einen Zahnarztbesuch bittet. Es wird bis zum 19. März dauern, bis Frau Lerch einer Zahnbehandlung zugeführt wird.

28. Februar 1918 – Eisner: „Die deutsche Regierung beschuldigt uns einer Käuflichkeit“

München-Au * Kurt Eisner schreibt in sein Gefängnistagebuch: „Ausländische Einflüsse, ausländisches Geld soll in der Streikbewegung wirksam gewesen sein. Die deutsche Regierung beschuldigt uns einer Käuflichkeit, die sie selbst mit Hunderten von Millionen in der ganzen Welt organisiert hat“.

1. März 1918 – Streikende auf den richtigen Weg zurückführen

München * Die bayerischen Behördenvertreter unterscheiden zwischen den „hetzerischen Führern“, die lediglich ihre eigensüchtigen Ziele verfolgen, und den eigentlich „unpolitischen“ beziehungsweise „gutmütigen“ Anhängern, die es gilt, wieder auf den „rechten Weg“ zurückzuführen. Diese Theorie kann später ohne Probleme in die Dolchstoßlegende und die sie umgebenden Verschwörungstheorien integriert werden.

14. März 1918 – Richard Kämpfer wird in Dresden verhaftet

Dresden * Richard Kämpfer wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks in Dresden verhaftet.



14. März 1918 – Kurt Eisner analysiert den Januarstreik

München-Au * Kurt Eisner erklärt bei einer Angeschuldigten-Vernehmung im Gerichtsgefängnis Neudeck die durch seine Verhaftung erfolgte Wendung in den Januarstreiks: „Ich bin [...] der Überzeugung, dass in zwei weiteren Tagen die gesamte Münchner Arbeiterschaft gestreikt haben würde, wenn wir freie Betätigung gehabt hätten und wenn uns nicht im eigenen sozialistischen Lager in der Mehrheitspartei ein Gegner in den Rücken gefallen wäre. Wenn die Bewegung noch kurze Zeit gedauert hätte, wären die Mehrheitsführer, die ohnehin in jeder öffentlichen Versammlung, in der ich und meine Gesinnungsgenossen sprachen, eine glatte Niederlage erlitten, sicher völlig aus dem Feld geschlagen worden.“

15. März 1918 – Sarah Sonja Lerch wird ins Gefängnis Stadelheim überstellt

München-Au - München-Stadelheim * Die noch immer an Zahnschmerzen leidende Sarah Sonja Lerch wird aufgrund der „Steigerung ihrer seelischen Erregungszustände“ vom Gerichtsgefängnis Neudeck in Gefängnis Stadelheim gebracht.

15. März 1918 – Anna Niedermeier, Franz Xaver Müller und Karl Mettler werden verhaftet

München * Anna Niedermeier, Franz Xaver Müller und Karl Mettler werden wegen ihrer Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet. Die Arbeiterin Anna Niedermeier wird noch am gleichen Tag wieder freigelassen.

19. März 1918 – Nach drei Wochen endlich zum Zahnarzt

München-Stadelheim * Die seit Ende Februar an Zahnschmerzen leidende Sarah Sonja Lerch wird im Gefängnis Stadelheim vom Zahnarzt behandelt. Drei Wochen hat das Warten gedauert, was von der Behörde auf den komplizierten Verwaltungsweg zurückgeführt wird. Aber eigentlich ist das Folter.

22. März 1918 – Streikleitungen als Schädlinge

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks: „Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als



Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:

„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen“.

26. März 1918 – Hugo Haase sucht Kurt Eisner im Gefängnis auf

München * Der Rechtsanwalt und USPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Haase trifft in München ein, um dort seinen Mandanten Kurt Eisner im Gerichtsgefängnis Neudeck zu besuchen.

29. März 1918 – Sarah Sonja Lerch hat sich in der Isolierzelle erhängt

München-Stadelheim * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, eine Aktivistin während der Münchner Januarstreiks, wird an diesem Karfreitag in einer Isolierzelle im Gefängnis Stadelheim in



der Schlinge ihres Schals erhängt aufgefunden. Eine behördliche Untersuchung ihres Todes wird offensichtlich unterlassen.

31. März 1918 – Hedwig Kämpfer und Selma Schroeder werden ausgewiesen

München * Hedwig Kämpfer und Selma Schroeder betreiben die von Kurt Eisner begonnene Agitation für einen Massenausstand der Rüstungsarbeiter weiter. Die beiden Frauen werden deshalb - völlig mittellos - nach Preußen ausgewiesen.

1. April 1918 – Sarah Sonja Lerch wird beerdigt

München * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, eine der Anführerinnen der Januarstreiks, wird am Ostermontag auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchingener Straße beerdigt. Ein Vertreter der USPD legt einen Kranz am Grab ab und erklärt, dass die Polizei einen Nachruf verboten hat. Josef Sontheimer ergreift daraufhin das Wort, wird aber sofort verhaftet und mit Handschellen gefesselt abgeführt. Frau Lerch war gemeinsam mit Kurt Eisner, Albert Winkler, Hans Unterleitner, Emilie und Babette Landauer und anderen wegen Landesverrats verhaftet worden. Die 35-jährige Sarah Sonja Lerch hat sich am 29. März 1918 im Gefängnis Stadelheim erhängt. Sie wird nicht die letzte Sozialdemokratin sein, die im Freitod die Erlösung aus offenbar nicht zu verändernden Verhältnissen sucht.

2. April 1918 – Der Vorwärts berichtet über den Freitod der Sarah Sonja Lerch

München * Die SPD-Parteizeitung Vorwärts berichtet in ihrer Ausgabe über das Ableben der Sarah Sonja Lerch: „Im Untersuchungsgefängnis Stadelheim erhängte sich nachmittags die beim letzten Streik bekanntgewordene Frau Sara Sonja Lerch, gegen die zusammen mit dem Schriftsteller Kurt Eisner ein Landesverratsverfahren eingeleitet war. - Die Umstände, unter denen die bedauernswerte Frau zu ihrer Verzweiflungstat getrieben wurde, bedürfen der Aufklärung. Soviel wir wissen, handelt es sich im Falle der Frau Lerch, einer geborenen Russin, um eine reine Idealistin, die mit ihrer Streikpropaganda der Sache der Menschheit einen Dienst zu erweisen glaubte. Die Strafe, mit der sie zu rechnen hatte, war nicht so erschreckend, dass sie den freiwilligen Tod ihr vorziehen konnte. Es bleibt also unklar, was diese Frau zu ihrem Selbstmord getrieben hat. [...]“



9. April 1918 – Betty und Emilie Landauer werden entlassen

München-Au * Die am 1. Februar 1918 wegen ihrer Beteiligung am Münchner Januarstreik verhafteten Buchhalterinnen Betty und Emilie Landauer werden aus der Untersuchungshaft entlassen.

16. April 1918 – Theobald Michler wird verhaftet

München * Theobald Michler wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks verhaftet.

16. April 1918 – Fritz Schröder wird in Düsseldorf verhaftet

Düsseldorf * Fritz Schröder wird wegen seiner Beteiligung an den Münchner Januarstreiks in Düsseldorf verhaftet.

19. April 1918 – Karl Mettler wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Eisengießer Karl Mettler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

19. April 1918 – Zwangsaufenthalt für Josef Sontheimer

München - Traunstein * Das Stellvertretende Generalkommando untersagt Josef Sontheimer den Aufenthalt in München. Für ihn wird ein Zwangsaufenthalt in Traunstein unter militärischer Kontrolle angeordnet.

27. April 1918 – Für Erich Mühsam wird ein Zwangsaufenthalt in Traunstein angeordnet

München - Traunstein * Da der bayerische Staatsangehörige Erich Mühsam nicht ausgewiesen werden kann, wird für ihn ein Zwangsaufenthalt in Traunstein angeordnet. Er soll bei der Traunsteiner Handelsbank für 3 Mark täglich Arbeiten eines Lehrlings ausführen.



18. Mai 1918 – Lorenz Winkler tritt in den Hungerstreik

München-Stadelheim * Lorenz Winkler, Aktivist beim Münchner Januarstreik, beginnt einen Hungerstreik. Er wird daraufhin psychiatrisch untersucht.

29. Mai 1918 – Lorenz Winkler kommt in die Psychiatrie

München * Lorenz Winkler, Aktivist beim Münchner Januarstreik, wird bis 23. Juli 1918 in die Psychiatrie eingeliefert.

7. Juni 1918 – Kurt Eisner wird von Neudeck nach Stadelheim verlegt

München-Au - München-Stadelheim * Ohne Mitteilung über eine Änderung in seinem Status als Untersuchungsgefangener wird Kurt Eisner - laut seinem Gefängnis-Tagebuch - zwischen dem 6. und 15. Juni 1918 vom Gerichtsgefängnis Neudeck in die staatliche Strafanstalt in Stadelheim verlegt. Er wird in Stadelheim in der Zelle 70 untergebracht. In dieser Zelle sollte später auch der Eisner-Mörder Anton Graf von Arco auf Valley, ab 1923 der Putschist Adolf Hitler einsitzen. Der SA-Führer Ernst Röhm wird in der Nacht vom 30. Juni 1934 in der Zelle 70 erschossen.

14. Juni 1918 – Nicht den Eindruck der Zusammenarbeit erwecken

München - Nürnberg * Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer macht sein Eingreifen bei drohenden Streiks in Nürnberg davon abhängig, dass ihn dabei keine amtliche Stelle bei seinen Bemühungen unterstützt. Denn „es würde unter der Arbeiterschaft sofort die Meinung Platz greifen, dass es sich um eine zwischen ihm und der Regierung abgekartete Sache handle“.

20. Juni 1918 – Carl Kröpelin wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schlosser und Werkzeugdreher Carl Kröpelin wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

11. Juli 1918 – Entlassung der Januarstreik-Inhaftierten gefordert



München - Leipzig * Kurt Eisners Rechtsanwalt, Dr. Benedikt Bernheim, beantragt die Entlassung seines Mandanten sowie der am Januarstreik Beteiligten und Inhaftierten Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin. Rechtsanwalt Albert Nussbaum fordert das Gleiche für Ernst Toller, Fritz Schröder, Hans Unterleitner, Franz Xaver Müller, Karl Mettler und Theobald Michler. Der Verteidiger von Emilie und Betty Landauer, Dr. Maximilian Bernstein, erhebt die gleichlautende Forderung für seine Mandantinnen.

19. Juli 1918 – Kurt Eisner beklagt sich bei Karl Kautsky

München-Stadelheim - Berlin * Kurt Eisner schreibt an den USPD-Mitbegründer Karl Kautsky und beschwert sich darin: „Jetzt sitze ich bald ein halbes Jahr. [...] Die Voruntersuchung ist sachlich, aber noch nicht formell abgeschlossen“. Kurt Eisner beginnt merklich zu altern und leidet unter Anfällen von Depressionen.

27. Juli 1918 – Keine Haftentlassung wegen Fluchtgefahr

Leipzig - München * Die Entlassungsanträge für die Mandantinnen und Mandanten der Rechtsanwälte Dr. Benedikt Bernheim [für Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin], Albert Nussbaum [für Ernst Toller, Fritz Schröder, Hans Unterleitner, Franz Xaver Müller, Karl Mettler und Theobald Michler] und Dr. Maximilian Bernstein [für Emilie und Betty Landauer] werden von den Leipziger Richtern abgelehnt. Die Begründung lautet: „Fluchtgefahr“.

14. August 1918 – Januarstreiks wollten Westoffensive verhindern

München * Die Zentralpolizeistelle für Bayern stellt in einem Bericht fest, dass die Januarstreiks nur darauf angelegt waren, „die Offensive im Westen zu verhindern“.

15. August 1918 – Erneute Haftentlassung für Eisner & Co gefordert

München - Leipzig * Dr. Benedikt Bernheim beantragt beim Reichsgericht in Leipzig erneut die Entlassung von Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin.

26. August 1918 – Die Entlassungsanträge für Eisner & Co werden abgewiesen



Leipzig - München * Die Entlassungsanträge für Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin werden von dem in Leipzig sitzenden Reichsgericht, dem obersten Gerichtshof im Deutschen Reich, erneut abgewiesen.

12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.

9. Oktober 1918 – Eine revolutionäre USPD-Versammlung

München-Isarvorstadt * Die USPD-Mitgliederversammlung wird im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße von über 200 Personen besucht. Die Polizei berichtet darüber: „Die Stimmung der Versammlung muss als durchaus revolutionär bezeichnet werden und erinnerte im allgemeinen an die Zeit kurz vor Ausbruch des letzten Massenstreiks.“ Die im Reich inzwischen eingeleitete formale Parlamentarisierung beeindruckt bei den Unabhängigen niemanden mehr. Alfred Gärtner stellte fest: „Unsere ehemaligen Führer Scheidemann und Genossen sind in die bankerotte Firma eingetreten. [...] Es wird eine Zeit kommen, und die ist nicht mehr ferne, wo Männer wie Scheidemann ganz von der Bildfläche verschwinden müssen. Sie werden dann dort Unterschlupf finden, wohin sie gehören, nämlich in der bürgerlichen Partei, der sie die ganze Arbeiterschaft ausgeliefert haben. [...] Aber es wird nicht mehr lange dauern und die Kerker werden sich öffnen und alle unsere lieben Kämpfer werden wir dann in unseren Reihen begrüßen können.“

15. Oktober 1918 – Wilhelm Dittmann wird aus der Festungshaft entlassen

Berlin * Wilhelm Dittmann, Gründungsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD und Aktivist beim Berliner Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, wird aus der Festungshaft



entlassen. Wilhelm Dittmann war am 4. Februar 1918 vom Außerordentlichen Kriegsgericht wegen des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden.

22. Oktober 1918 – Theobald Michler wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 16. April 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schriftsetzer Theobald Michler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Franz Xaver Müller wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 15. März 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Eisendreher Franz Xaver Müller wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Hans Unterleitner wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 1. Februar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schlosser und spätere Minister für soziale Fürsorge, Hans Unterleitner, wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

22. Oktober 1918 – Albert Winter sen. wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 31. Januar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schreinermeister und Vorsitzende der Münchner USPD, Albert Winter sen., wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Seine Freilassung erfolgt aufgrund seiner Kandidatur für die USPD für die Landtagsersatzwahl.

22. Oktober 1918 – Albert Winter jun. wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 31. Januar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Infanterist Albert Winter jun. wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Lorenz Winkler wird aus der Untersuchungshaft entlassen



München-Obergiesing * Der am 4. Februar 1918 als Streikführer bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW beim Januarstreik verhaftete Schreiner und Werkzeugschlosser Lorenz Winkler wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Richard Kämpfer wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Obergiesing * Der am 14. März 1918 in Dresden wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Handlungsgehilfe Richard Kämpfer wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Fritz Schröder wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Obergiesing * Der am 16. April 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik in Düsseldorf verhaftete Geschäftsführer der Zentralstelle des Deutschen Handlungshilfen-Verbandes Fritz Schröder wird aus der Untersuchungshaft entlassen.

3. November 1918 – Die Freilassung der Januarstreik-Gefangenen gefordert

München-Stadelheim - Leipzig * Um 13 Uhr verlangt eine Abordnung vor dem Gefängnis Stadelheim die Freilassung der wegen der Januarstreiks noch immer Inhaftierten. Am Abend trifft ein Telegramm des Oberreichsanwalts aus Leipzig in, in dem die Haftbefehle aufgehoben werden.

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnte die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen



niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

4. November 1918 – Kurt Eisner scharrt Unterstützer um sich

München * Nachdem sich Kurt Eisner am Vortag der Unterstützung der Bauern versichert hatte, beginnt er nun eine Reihe von Gesprächen mit einflussreichen Persönlichkeiten, darunter Professoren der Münchner Universität, aber auch Münchner Arbeiterführer, die ihn bei den Januarstreiks unterstützt hatten, und Militaristen, die in wichtigen strategischen Positionen eingesetzt sind.

4. November 1918 – Aufständische Matrosen übernehmen in Kiel die politische Macht

Kiel * Am Nachmittag treffen in Kiel Soldaten vom Generalkommando Altona ein, die den Matrosenaufstand niederschlagen sollen. Die Matrosen, die Heeressoldaten und die Marinesoldaten verbrüdern sich. Der Kommandant der Marinestation muss - aller Machtmittel entledigt - kapitulieren. Die Dockarbeiter treten in einen Streik. Die aufständischen Matrosen haben in Kiel die politische Macht übernommen.

5. November 1918 – Dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen folgen

Hamburg * Der eben aus der Haft entlassene und wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte Wilhelm Dittmann fordert vor einer großen Menschenmenge in Hamburg, dem Vorbild der



revolutionären Kieler Matrosen zu folgen. Er verkündet: „Wir stehen vor entscheidenden Wendungen. Der Krieg hat zur Reife gebracht, was sonst noch Jahrzehnte erfordert hätte. Das Alte stürzt, und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. Alle Kleingeisterei und Angst vor der eigenen Unreife gilt es abzulegen.“

7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese

München-Theresienwiese * Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

7. November 1918 – Lorenz Winkler wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats

München * Lorenz Winkler, der bereits als Aktivist beim Münchner Januarstreik in Erscheinung getreten ist, wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats.

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte.

Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.



7. November 1918 – Sämtliche Kasernen sind in der Hand der Revolutionäre

München * Um 21 Uhr sind alle Kasernen in der Hand der Revolutionäre. Der Umsturz ist damit im Wesentlichen vollzogen. Der erste Schritt der Revolution besteht damit aus einer Soldatenmeuterei. Oskar Maria Graf schreibt: „Die meisten Kasernen übergaben sich kampfflos. Es kam auch schon ein wenig System in dieses Erobern: Eine Abordnung stürmte hinein, die Masse wartete. In wenigen Minuten hing bei irgend einem Fenster eine rote Fahne heraus, und ein mächtiger Jubel erscholl, wenn die Abordnung zurück kam.“ Im Gegensatz zum Januarstreik wird der Umsturz von Soldaten dominiert. Die im Januar so aktiven Krupp-Arbeiter werden in keinem Bericht erwähnt.

12. November 1918 – Eine Amnestie für die am Januarstreik Beteiligten

München * Eine Amnestie wird erlassen. Durch sie werden die Verfahren gegen die am Januarstreik Beteiligten eingestellt.

6. Dezember 1918 – Demonstranten besetzen Münchner Zeitungsredaktionen

München * Im Schwabingerbräu, Mathäserbräu und im Odeon werden Versammlungen für Soldaten abgehalten. Die Versammlungsteilnehmer demonstrieren im Anschluss gegen die Münchner Presse. Die Räume der Münchner Neuesten Nachrichten, des Bayerischen Kuriers, der München-Augsburger Abendzeitung und der Münchner Zeitung werden besetzt. Die Besetzer erlassen umfangreiche Zensurvorschriften, die beim Eintreffen der Republikanischen Schutztruppe und vor allen auf Kurt Eisners Zureden zurückgenommen werden. Die Demonstranten ziehen daraufhin zu Innenminister Erhard Auer, um ihn wegen seiner Haltung in den Januarstreiks und seines Eintretens für eine demokratische, nicht-sozialistische Republik mit Gewalt zum Rücktritt von seinem Ministerposten zu zwingen.

7. Dezember 1918 – Die USPD solidarisiert sich mit Spatakus

Berlin * Die undurchsichtigen Vorgänge und das Blutbad vom 6. Dezember steigert das Misstrauen der USPD gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten. Die Freiheit, das Berliner Parteiorgan der USPD, solidarisiert sich mit dem Streikaufruf von Spartakus mit folgenden Zeilen:

„Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das ruchlose Vorgehen in der Chausseestraße,



gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebezeugung für die armen Opfer!“

9. Dezember 1918 – Kurt Eisner erklärt die beabsichtigten Ziele der Januar-Streiks

München * Vor den bayerischen Arbeiterräten erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Wir wollten die Revolution nicht erst machen in der Zeit des militärischen Zusammenbruchs, sondern im Gegenteil schon entfesseln, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Macht stand. [...] Das war der Sinn des Streiks.“

12. Dezember 1918 – Eisner: Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden

München * In einer Wahlrede vor den Unabhängigen erklärt Kurt Eisner: „Die Revolution war ja schon geplant im Januar“. Und weiter: „Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort, erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift. Ein Volk, das nicht frei ist, kann niemals die Freiheit gebrauchen lernen; erst wenn es frei ist, lernt es, frei zu sein. Nur so können wir sozialistische Politik treiben. Der Sozialismus wirkt, indem er sich verwirklicht. Er birgt ein Fülle schwerster Probleme. Aber das Ziel ist klar: wir müssen die menschliche Knechtschaft beseitigen. Wir müssen die Güter der Erde allen zuteil werden lassen. Es darf nicht mehr sozial Unterdrückte in der künftigen Gesellschaft geben. Wie immer die Gliederung und der Aufbau in der zukünftigen Gesellschaft sich vollziehen wird, welche wirtschaftlichen Formen wir finden werden, der Mensch darf nicht das Opfer seiner Verhältnisse werden, sondern der Mensch muß Herr über seine Verhältnisse werden. Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden, sondern Herr über die Technik. Der Mensch darf nicht mehr Objekt des Profits werden, sondern jeder, der arbeitet, muß mitbestimmen können an der Gestaltung dieser Arbeit. Wir haben es immer abgelehnt, einen Zukunftsstaat auszumalen. Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn.“

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den



Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

6. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Regierungssturz auf

Berlin * Der von USPD, KPD und den Revolutionären Obleuten gebildete Revolutionsausschuss ruft auf zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung Ebert.

10. Januar 1919 – Im Ruhrgebiet beginnt ein Generalstreik

Ruhrgebiet * Im Ruhrgebiet beginnt ein Generalstreik, an dem sich 80.000 Arbeiter, in der Mehrzahl Bergarbeiter, beteiligen.

11. Januar 1919 – Eine Neunerkommission zur Sozialisierung wird gebildet

Essen * Der Essener Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Streikinitiative im Ruhrgebiet und verkündet, er nimmt die Sozialisierung in die eigenen Hände. Dazu wird eine Neunerkommission, bestehend aus Vertretern der USPD, SPD und KPD, gebildet. Noch am selben Tag wird das Büro des Kohlensyndikats und das Gebäude des Bergbaulichen Vereins in Essen besetzt.

14. Januar 1919 – Die Streikenden im Ruhrgebiet beenden den Arbeitskampf

Essen - Ruhrgebiet * Nach und nach nehmen die Streikenden nach den Beschlüssen des vergangenen Tages ihre Arbeit wieder auf.

14. Januar 1919 – Die am Januarstreik beteiligten werden amnestiert

München * Aufgrund der Amnestie vom 12. November 1918 stellt das Reichsgericht die Strafverfahren gegen die am Januarstreik Beteiligten ein. Amnestiert werden: der Schriftsteller Kurt Eisner [derzeit Bayerischer Ministerpräsident], der Schlosser Hans Unterleitner [derzeit bayerischer Sozialminister], der Schreinermeister Albert Winter, die Buchhalterin Emilie Landauer und die Buchhalterin Betty Landauer, der Mechaniker Lorenz Winkler, der



4. Februar 1919 – Regierungstruppen befreien die Hansestadt Bremen

6. Februar 1919 – Die Mittelschüler machen mobil zum Schulstreik

14. Februar 1919 – Die sofortige Wiedereinsetzung des Generalsoldatenrates gefordert

17. Februar 1919 – 180.000 Streikende im Münsterland

17. Februar 1919 – Auch in Mitteldeutschland wird gestreikt



Mitteldeutschland * Im mitteldeutschen Industriegebiet beginnt ein Generalstreik, nachdem das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räte-system in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.“

21. Februar 1919 – Beschäftigte legen die Arbeit nieder und nehmen an Versammlungen teil

München * Infolge verschiedener Aufrufe zum Generalstreik legen viele Beschäftigte die Arbeit nieder und nehmen überall in der Stadt an Versammlungen teil, bei denen Vergeltung für den Mord an Kurt Eisner gefordert wird.

21. Februar 1919 – Der Zentralrat nimmt seine Arbeit auf

München-Kreuzviertel * Gleich nach seiner Ernennung nimmt der Zentralrat seine Arbeit auf. Der von der USPD spontan ausgerufene Generalstreik wird bestätigt, alle Geschäfte und Vergnügungsstätten werden für drei Tage geschlossen, der Zug- und Straßenbahnverkehr wird eingestellt, eine nächtliche Ausgangssperre wird erlassen und der Belagerungszustand über München verhängt, und damit Raub, Plünderung und Diebstahl unter Todesstrafe gestellt.

21. Februar 1919 – Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt die vollziehende Gewalt

München-Kreuzviertel * Ein elfköpfiger Aktionsausschuss übernimmt als Zentralrat der Bayerischen Republik an Stelle des Kabinetts Eisner die vollziehende Gewalt, ruft einen dreitägigen Generalstreik aus, verhängt den Belagerungszustand über München, besetzt die Zeitungsredaktionen und verfügt eine drei Wochen dauernde Zensur der bürgerlichen Presse.

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger



Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

21. Februar 1919 – Der Generalstreik in und um Münster wird beendet

Münster * Die Arbeiter- und Soldatenräte brechen den Generalstreik in und um Münster ab.

23. Februar 1919 – Der Generalstreik wird beendet

München * Der Zentralrat gibt bekannt, dass der Generalstreik sein Ziel erreicht hat. Die Arbeiter werden aufgefordert, am nächsten Tag [Montag] wieder an ihren Arbeitsstellen zu erscheinen.

23. Februar 1919 – Der Bergarbeiterkongress beschließt Generalstreik

Halle * Der Bergarbeiterkongress beschließt in Halle den Generalstreik.

24. Februar 1919 – Die Streiks im Bezirk Halle beginnen

Halle * Im Bezirk Halle, in Sachsen, Thüringen und Anhalt beginnen Streikmaßnahmen.

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet



Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.

3. März 1919 – Eine militante Rhetorik

Berlin * Anders als die Streikführer der USPD und der SPD, die die Arbeiter zum friedlichen und gewaltfreien Protest aufriefen, sind die Aufrufe der KPD und des Parteiorgans Rote Fahne von militanter Rhetorik geprägt. Die Rote Fahne ist davon überzeugt, dass Blut vergossen werden muss. „Auf zum Kampfe! Auf zum Generalstreik! Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten!“

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrussland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

4. März 1919 – Angebliche Pöbelhaufen greifen Regierungstruppen an

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro berichtet über einen Pöbelhaufen, der auf dem Alexanderplatz mehrere Regierungssoldaten angreift. Sieben Soldaten sind angeblich spurlos verschwunden. Auch in anderen bürgerlichen Zeitungen mehren sich die Berichte über marodierende Pöbelhaufen, in denen die Gefährlichkeit der Streikenden hervorgehoben werden. Die Zeitungen werden hauptsächlich aus der Propagandazentrale des Kommandos Lützow mit Informationen versorgt. General Walther von Lüttwitz ist Gustav Noskes ranghöchster militärischer Befehlshaber. Er und sein Stab haben bereits Pläne für die militärische Besetzung



Berlins ausgearbeitet. Dazu gehört auch die psychologische Kriegsführung und die Propaganda.

4. März 1919 – Die SPD verurteilt die Gewalt der Straße und die Streiks

Berlin * Die Führung der Sozialdemokraten verurteilt die Gewalt der Straße und die Streiks. Damit nimmt sie die selbe Haltung wie die politisch Rechte ein.

6. März 1919 – Der Berliner Generalstreik wird ausgeweitet

Berlin * Der Generalstreik wird auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ausgeweitet.

7. März 1919 – Der Berliner Generalstreik endet um 19 Uhr

Berlin * Die Sozialdemokraten beantragen in der Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats die sofortige Beendigung des Generalstreiks. Auch die Gewerkschaftskommission empfiehlt den Abbruch des Streiks. Die Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats beschließt - mit den Stimmen der USPD-Vertreter - den Generalstreik um 19 Uhr zu beenden. Das Ende des Streiks bedeutet aber nicht das Ende der Gewalt.

7. März 1919 – Die Streikführer sind für das Meer von Blut und Trümmern verantwortlich

Berlin * Beim Vorwärts löst die Nachricht vom Streikende regelrecht Triumphgefühle aus. Die Redakteure sind der Überzeugung, dass die Anführer des Streiks für das „Meer von Blut und Trümmern“, das er hinterlassen hat, verantwortlich sind.

8. März 1919 – Der März-Streik als der sinnloseste aller vergeblichen Streiks

Berlin * Für das liberale Berliner Tageblatt ist der März-Streik der „sinnloseste aller vergeblichen Streiks, die jemals in Berlin stattgefunden haben“.

8. März 1919 – Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!



Berlin * Das SPD-Organ Vorwärts schreibt: „Wo die Bestialität anfängt, hört die Solidarität auf!“. Die Zeitungsredakteure sprechen dem politischen Gegner jede Menschlichkeit ab und liegen damit voll auf der Linie der Konservativen.

24. März 1919 – Witten: Elf Tote bei Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei

Witten * Im rheinisch-westfälischen Witten kommt es am 24. und 25. März zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei. Das Ergebnis sind elf Tote und viele Verwundete. Die Unruhen lösen eine neue große Streikwelle in der Region aus.

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt

Weimar - Ruhrgebiet * Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die Arbeitskämpfmaßnahme zu unterlaufen und zu schwächen.

31. März 1919 – In Württemberg wird ein Generalstreik ausgerufen

Württemberg * In Württemberg wird ein Generalstreik ausgerufen. Er dauert bis zum 7. April 1919 an.

1. April 1919 – 160.000 Arbeiter streiken im Ruhrgebiet



Ruhrgebiet * 160.000 Arbeiter befinden sich im Ruhrgebiet im Streik.

2. April 1919 – Oskar Maria Graf beschreibt die Münchner Lebenssituation

München * Die Regierung Hoffmann strotzt in den letzten Märztagen nicht gerade vor Tatendrang. Wirtschaftlich geht's bergab, das miserable Wetter und der Schnee hindern alle weiteren Bemühungen. Oskar Maria Graf beschreibt die Situation folgendermaßen: „Die Stadt machte seit Tagen einen verwahrlosten Eindruck, und die Menschen fingen an, aufeinander böse zu werden. Im Rathaus und im Landtag berieten Parteien und Ausschüsse in einem fort. Niemand wusste mehr, wer regiert. Ratlosigkeit und Unsicherheit gingen um. In der Stadt nämlich herrschte die Revolution und auf dem Lande die Gegenrevolution. Der Bahnverkehr stockte, wilde Streiks tobten, die Geschäftswelt war in tausend Ängsten, vor den Brotläden stauten sich lange Reihen und krakeelten mürrisch. Manchmal schlugen sie die Fenster ein, aber sie fanden kein Brot. Die ganze Maschinerie des täglichen Getriebes schien aus den Fugen, und ein ungeheurer Druck lag über der Stadt. Der Hunger wurde immer drohender. Draußen auf den vielen Straßen und Sträßlein des flachen Landes trieb kein Viehtransporter mehr dahin, holperten keine watschelnden Milchfuhrwerke mehr zur nächsten Bahnstation. Jäh, fast von einem Tag auf den andern, gab es keine Milch, keine Butter, kein Ei und kein Fleisch mehr. Auf dem Güterbahnhof standen die leeren Waggons zu Dutzenden auf den angerosteten Schienen, die weiten Hallen gähnten schaurig leer, der Schlacht- und Viehhof lag still, und verlassen dehnten sich die sonst stets belebten Marktplätze aus“.

4. April 1919 – Dr. Arnold Wadler: Der Landtag wird am 8. April nicht zusammentreten

München-Maxvorstadt * Auf einer vom Zentralrat einberufenen und gut besuchten Veranstaltung im Löwenbräukeller teilt Dr. Arnold Wadler mit, dass der Landtag am 8. April nicht zusammentreten wird. Wadler fordert dagegen: die Schließung des Landtags, die Ausrufung eines Generalstreiks, die Proklamierung der Räterepublik und die Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Der Zentralrat beschließt nach einer lebhaften Diskussion, die für Dienstag [= 8. April] anberaumte Wiedereröffnung des Parlaments abzusagen.

4. April 1919 – Der Zentralrat ist gegen die Einberufung des Landtags

München * Der Zentralrat spricht sich gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten Johannes



Hoffmann, den Landtag am 8. April erneut einzuberufen, aus, nachdem er es aus der Presse erfahren hatte. Er teilt dies dem Ministerrat mit und droht mit einem Generalstreik, falls der Landtag doch zusammentreten sollte. Die anwesenden Minister lehnen jetzt die Einberufung des Landtags ab, obwohl sie am Vortag keine Bedenken geäußert hatten. Nachdem die Münchner Garnison erklärt, dass sie nicht zum Schutz des Landtags zur Verfügung stehen wird, entscheidet sich der Ministerrat mehrheitlich gegen eine Einberufung des Landtags.

4. April 1919 – Die Kasernenräte unterstützen den Zentralrat

München * Die Münchner Kasernenräte stellen sich voll hinter den Zentralrat. Sie beschließen einstimmig: Beim Zusammentritt des Landtags keine Bereitschaften zu stellen und Schutzmaßnahmen zu treffen. Bei einem Generalstreik liegen die Sympathien der Garnison bei den Arbeitern. „Die Garnison bleibt neutral“.

4. April 1919 – Thomas Mann und die Proletariertkultur

München * Der Schriftsteller Thomas Mann schreibt in sein Tagebuch: „In Augsburg Generalstreik und Forderung der Räterepublik sowie des Anschlusses an Russland und Ungarn. Hätte außenpolitisch gewiß nichts dagegen. Aber die Proletariertkultur!“

4. April 1919 – Generalstreik in Augsburg ausgerufen

Augsburg - München * In Augsburg rufen Arbeiterräte einen Generalstreik aus. Eine Delegation der Augsburger Räte erscheint am Abend im Ministerrat und trägt ihre Forderung nach Ausrufung einer Räterepublik vor. Die SPD-Minister lehnen eine Räterepublik nicht kategorisch ab, wollen aber in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann keine Entscheidung treffen.

7. April 1919 – Hoffnung auf eine Räterepublik

München-Bogenhausen * Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch folgendes an: „Die erste Seite der Nachrichten mit der Proklamation der Räte-Republik bedeckt. Heute Generalstreik und ‚Nationalfeiertag‘. Anschluss an Ungarn und Russland, Bruch mit Berlin. Rote Garde.



Sozialisierung der Presse. Expropriierungspläne [= Sozialisierungspläne]. Der Ton ist scharf, und doch ist klar, dass es sich um ein vorbeugendes Werk der Mehrheitssozialisten handelt, wie schon bei der ersten Revolution, allerdings so weit gehend, dass die Kommunisten mittun können. Doch rechne ich mit einer vierten, ganz radikalen Umwälzung, bevor der Rückschlag kommt. Es ist anzunehmen, dass das Reich folgen wird, und wenn der radikale Sozialismus in Deutschland haltbare Formen annimmt, wird auch den Proletariern der Entente-Länder, die dann von kapitalistischer Ausbeutung Deutschlands nichts mehr zu hoffen haben, nichts anderes mehr übrig bleiben. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus gerichtet ist.“

7. April 1919 – In Würzburg wird die Räteherrschaft sofort bekämpft

Würzburg * In Würzburg beginnt der Versuch der Räteherrschaft mit Belagerungszustand, Pressezensur und Generalstreik, die ein Abgesandter aus München am Nachmittag offiziell ausruft. Die SPD reagiert sofort: Sie wendet sich dagegen und fordert ihre Mitglieder auf, „die volle Verantwortung denen [zu] überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machten“. Die Revolutionäre nehmen daraufhin Geiseln, eine rätefeindliche Einheitsfront, der auch die SPD angehört, ruft zum Bürgerstreik auf. Es kommt zu Kämpfen um Residenz und Hauptbahnhof mit mehr als 20 Toten.

9. April 1919 – Betriebsobleute und Soldaten fordern die Abdankung des Zentralrats

München * Die KPD ruft eine Versammlung der Revolutionären Obleute in den Münchner-Kindl-Keller ein, den Rat Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer Soldatenvertreter. Eugen Leviné erklärt die Versammlung zum Träger der politischen Gewalt und den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt. Ein neuer, aus zwanzig Personen bestehender provisorischer Zentralrat wird gewählt. Um 23 Uhr wird ein Generalstreik ausgerufen und zur Entwaffnung der Polizei aufgerufen. Eine Abordnung wird mit der Aufforderung zum Rücktritt zum Revolutionären Zentralrat gesandt. Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die an der Versammlung teilnehmen, werden in Gewahrsam genommen.

10. April 1919 – Im Ruhrgebiet streiken 307.000 Beschäftigte

Ruhrgebiet * Am Generalstreik im Ruhrgebiet beteiligen sich 307.000 Beschäftigte. Das sind 73 Prozent aller Zechenbelegschaften der Region.



13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!

München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“

14. April 1919 – Der Vollzugsrat hat den Generalstreik ausgerufen

München * Erster Tag des Generalstreiks, den der Vollzugsrat ausgerufen hat. Er wird bis zum 22. April andauern.



16. April 1919 – Erich Mühsam tritt in den Hungerstreik

Ebrach * Erich Mühsam tritt im Zuchthaus Ebrach in einen Hungerstreik, um gegen seine Verhaftung und die Zustände im Zuchthaus zu protestieren.

16. April 1919 – Die Unternehmer sollen Lohnausfall für den Streik zahlen

München * Am dritten Tag des Generalstreiks werden die Unternehmer angewiesen, Lohn für den Streik zu zahlen.

18. April 1919 – Die Rätebewegung kann sich in Deutschösterreich nicht durchsetzen

Wien * Die österreichischen Kommunisten rufen zum Generalstreik auf, der jedoch von den Wiener Arbeitern nicht befolgt wird. Die Rätebewegung kann sich in Deutschösterreich nicht durchsetzen.

18. April 1919 – Der fünfte Tag des Generalstreiks

München * Karfreitag: An diesem fünften Tag des Generalstreiks dürfen die Friseurgeschäfte auf Anordnung der Streikkommission wieder öffnen.

19. April 1919 – Blumengeschäfte und Theater dürfen wieder öffnen

München * Blumengeschäfte und Theater, nicht jedoch Kinos, dürfen - trotz des Generalstreiks - wieder öffnen.

19. April 1919 – Arbeiter übernehmen den Sicherheitsdienst

München * Karsamstag und Sechster Tag des Generalstreiks: Die Zivile Sicherheitswache, bestehend aus organisierten Arbeitern, übernehmen den Sicherheitsdienst anstelle der suspendierten und entwaffneten Polizeiwachleute.



21. April 1919 – Der Generalstreik wird um einen Tag verlängert

München * Die Versammlung der Betriebsräte im Festsaal des Hofbräuhauses beschließt, den Generalstreik auf Dienstag auszuweiten. Der letzte Streiktag soll zu einer „wichtigen Demonstration des Münchner klassenbewussten Proletariats“ werden. Abgelehnt wird der Vorschlag von Eugen Leviné, die Massendemonstration mit einer Schlusskundgebung in der rot ausgekleideten Frauenkirche zu beenden.

21. April 1919 – In Banken dürfen wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden

München * An diesem Ostermontag ordnen Emil K. Maenner, der Volksbeauftragte für Finanzen und Towia Axelrod, der als Politischer Kommissar dem Vollzugsrat angehört und zugleich Stellvertretender Volksbeauftragter für Finanzen ist, an, dass bei den Geldinstituten wöchentlich nicht mehr als 600 Mark abgehoben werden dürfen.

22. April 1919 – Die Auswirkungen des Generalstreiks

München * Der Generalstreik hat natürlich Auswirkungen, die sich spätestens jetzt zeigen. Ernst Toller schreibt: „Kohle fehlt, Geld fehlt, die Lebensmittel werden knapp, bisher lieferten die Bauern täglich 150.000 Liter Milch nach München, jetzt nur noch 17.000 Liter, ein Edikt der Regierung verbietet das Verarbeiten der Milch zu Butter und Käse und bezeichnet es als konterrevolutionäre Handlung.“

22. April 1919 – Die Demonstration des Proletariats mit einer großen Truppenschau

München * Um 11 Uhr beginnt an diesem neunten und letzten Tag des Generalstreiks die „Demonstration des Proletariats“ mit einer großen Truppenschau, die zugleich der Massenmobilisierung in München dient. Rund 12 bis 15.000 bewaffnete Angehörige der Roten Armee marschieren mit. Sie will so ihre Stärke darstellen. Um 15 Uhr finden in den größten Münchner Sälen elf Massenversammlungen statt, auf denen Mitglieder des Vollzugsrats Reden halten. Um 17 Uhr setzt sich ein großer Demonstrationzug in Bewegung, der von der Theresienwiese durch die Innenstadt bis zum Siegestor zieht und sich schließlich vor dem Wittelsbacher Palais auflöst.



24. April 1919 – Ein Drittel der Belegschaften streikt im Ruhrgebiet noch immer

Ruhrgebiet * Noch immer streikt ein Drittel der Belegschaften im Ruhrgebiet.

29. April 1919 – Rudolf Egelhofer ruft den sofortigen Generalstreik aus

München - Schleißheim - Starnberg * Rudolf Egelhofer, der Oberkommandierende der Roten Armee, ruft den sofortigen Generalstreik aus. Denn: in Schleißheim stehen schon die „Söldner des Kapitalismus“, in Starnberg haben die „weißgardistischen Hunde die Sanitätsmannschaften niedergemetzelt“, deshalb „Alle Mann zu den Waffen! Zeigt der weißen Garde, wie die Rote Armee zu siegen versteht!“

2. Mai 1919 – Der Generalstreik im Ruhrgebiet ist beendet

Ruhrgebiet * Die Kohleförderung im Ruhrgebiet läuft wieder in seinen gewohnten Bahnen. Der Generalstreik ist beendet.

18. November 2022 – Inhaftierter Klimaaktivist im Hungerstreik

München-Giesing * Es wird bekannt, dass sich einer der bis zum 2. Dezember in Gewahrsam genommenen männlichen Klimaaktivisten in der JVA Stadelheim im Hungerstreik befindet.
